

Studentische Partizipation zwischen Interessenvertretung und außengelenkter Selbstregierung

Eine Analyse aus Akteurssicht am Beispiel der Akkreditierung

Falk Bretschneider
Paris/Dresden

Der folgende Text versucht eine erste Einschätzung vor allem der Chancen einer Partizipation von Studierenden an der *output*-orientiert umgestalteten post-modernen Hochschule am Beispiel des Qualitätssicherungsverfahrens Akkreditierung. Er beruht nicht auf empirischer

Forschung, sondern auf subjektiver Erfahrung: Seit drei Jahren studentisches Mitglied des zentralen deutschen Akkreditierungsrates, habe ich aus dieser Position heraus zahlreiche Versuche zu einer Integration von Studierenden in Akkreditierungsverfahren unternommen. Das dürfte ohne Zweifel die Sicht trüben. Der folgende Text versteht sich daher weniger als eine nüchterne Analyse, sondern vertraut stellenweise bewusst den Mitteln der Polemik, um sein Anliegen zu verdeutlichen.

Die diskursive Performanz des modernen Hochschulreformtheaters

Seit einigen Jahren vollzieht sich ein Bedeutungs- und Gestaltwandel der deutschen Hochschulen, der nicht ohne Auswirkungen auf die studentischen Partizipationsformen und -chancen bleiben konnte. Die traditionellen Steuerungsinstrumente der Gruppenhochschule werden massiv unter Druck gesetzt vom nachfrageorientierten Umbau der Weltwirtschaft, einer deutlich zunehmenden Akzeptanz von Verwertungsinteressen in Hochschule und Wissenschaft, dem steigenden Bedarf des Arbeitsmarktes an höher qualifizierten und flexibel einsetzbaren Arbeitskräften, aber auch von einer Vervielfältigung individueller Lebensentwürfe und dazu passender Bildungsbiographien.

Die aktuellen Hochschulreformbemühungen zielen dabei in vielen Bereichen eher auf Phänomene der Repräsentation und folgen einer Logik der Inszenierung, die Formen einer direkten Regierung individuellen Handelns mittels anweisender Herrschaft ersetzen soll. Politisches Handeln löst sich von Strategien der zwangsweisen Lenkung nach subjekttranszendierenden Zielbestimmungen zugunsten einer Führung von eigenmotivationsgelenkten Rationalitäten. Dabei wird die Wahrung von Selbstinteressen diskursiv in Übereinstimmung gebracht mit politisch artikulierten „gesellschaftlichen Notwendigkeiten“. Im Sinne des Gouvernementalitätsansatzes von M. Foucault werden die Diskusteilnehmer domestiziert,¹ indem ihnen politische Zwecke im Gewand der Reform als Verwirklichungen von im Eigeninteresse liegenden Zielen präsentiert werden. Gleichzeitig werden an den bisherigen Steuerungsmodellen die Blockadewirkungen und deren ökonomischen Verlustfolgen beklagt. Politisches Durchgreifen von oben nach unten erscheint so zunehmend als unattraktiv, staatliche Kontrolle als demotivierend und die gesellschaftliche Dynamik drosselnd. Über den Politikbereich Hochschule hinaus lässt sich heute als *common sense* bemerken, dass sich Sozialbeziehungen in größtmöglicher Abwesenheit staatlicher Regelung organisieren sollen.

Dieser eigentlich im klassischen Sinne liberale, emanzipatorische Diskursstrang hat sich in den letzten Jahren aufgebläht und dabei verändert. Seit einiger Zeit erleben wir die Zündung einer „diskursiven Explosion“² und die Produktion einer Wahrheit, die uns erzählt, staatsferne Eigenorganisation stimuliere die Lösung der zentralen aktuellen Probleme der Hochschulen, des effizienten Einsatzes gegebener Ressourcen und der optimalen Außenvernetzung. Um „im Wahren“ zu sein,³ müssen die am Diskurs teilnehmenden Individuen dieser Gewissheit folgen, die sich auch so formulieren ließe: Emanzipation verlangt nach Deregulierung und Deregulierung verlangt nach Emanzipation.

Bei diesem fröhlichen Aufsichten der Eigenverantwortlichkeiten wird gern übersehen, dass staatliche Politik weiter Überwachungsbedürf-

¹ Vgl. Finzsch, N.: Gouvernementalität, der Moynihan-Report und die Welfare Queen im Cadillac, in: Martschukat, J. (Hg.): Geschichte schreiben mit Foucault. Frankfurt/M., New York 2002, 257-282; Bröckling, U. / Krasmann, S. / Lemke, T. (Hg.): Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen. Frankfurt/M. 2000.

² Foucault, M.: Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit 1. Frankfurt/M. 1977, 27.

³ Ders.: Die Ordnung des Diskurses. Frankfurt/M. 1991, 24.

nisse zu befriedigen hat. Das geschieht allerdings immer weniger durch ministerielle Erlasse, sondern durch die Aufstellung von Programmen, die an die Erfüllung des individuellen Eigeninteresses andocken. Das hochschulpolitische Projekt „Qualitätssicherung“ ist durchaus ein solches Programm. Indem es die Verantwortung für die Qualitätsentwicklung und -sicherung in die Hochschulen verlagert und weitgehend staatsfern organisiert, knüpft es am Bedürfnis an, in Eigenverantwortung Problemlösung zu betreiben. Damit es dabei nicht zu Anarchie kommt, wird auch hier diskursiv strukturiert. Der Staat kann, indem er einen rationalen Rahmen für den Problemlösungsvollzug vorgibt, das Handlungsfeld der AkteurInnen begrenzen. Im vorliegenden Fall geschieht dies durch die Erhebung der Betriebswirtschaft zur Leitwissenschaft der Reform, die natürlich den spezifischen Bedürfnissen angepasst und zur Entwicklung von managerialistischen Hochschulsteuerungsmodellen veranlasst wurde.

Diese nur kurz skizzierten diskursiven Umstände der Reform und ihres Vollzuges bewirken, dass sich individuelles Verhalten äußerlich befreit fühlt von inkompetenter Fernsteuerung. Regierungshandeln kann sich dagegen in dem Glauben wiegen, die aus dem bisherigen Politikmodell der *top-down*-Steuerung bekannten Widerständigkeiten zu überwinden und gesellschaftliche Konflikte zu begrenzen. Gleichzeitig gelingt es einzelnen Individuen, sich als Diskurssubjekte zu performieren: Aus dem grauen Objekt administrativer Willkür namens „Beamter“ wird der eigenverantwortlich handelnde Reformakteur, dessen Kompetenzen Wertschätzung erfahren. Regierungen beschert die Diskursfolgsamkeit die berechtigte Aussicht, durch die Selbstregierung der Betroffenen eine weichere und nachhaltigere Regulierung installieren zu können als dies durch klassische Herrschaftsansprüche jemals hätte erreicht werden können.

Diskursmacht und studentische Politik

Mit den Studierenden hat dies Zweierlei zu tun: (1.) Ich meine, dass sich Politik maßgeblich über Sprechakte vollzieht, die dem Verlangen des „im-Wahren-Seins“ unterworfen sind und die auch die im engeren Sinne nicht-diskursiven Praktiken (z.B. die Lenkung finanzieller Mittel) präfigurieren. (2.) Die institutionalisierte studentische Politik hat seit den 70er Jahren kontinuierlich an Wirkmacht im Diskurs gesellschaftlicher Opposition und/oder Reform verloren und sieht sich heute vielfach in die

sition und/oder Reform verloren und sieht sich heute vielfach in die Rolle einer politischen Interessenwahrnehmungsagentur verwiesen.

Das unterwirft sie, da sie kaum mehr in der Lage ist, eigene diskursive Impulse zu generieren, den Wahrheitsgrenzen des allgemeinen politischen Diskurses. Sie befindet sich nicht mehr quasi von selbst innerhalb von dessen Abzäunungen, sondern sieht sich, so sie an Sprechakten aus dem Befreiungsdiskurs der „Studentenbewegung“ festhält, an dessen Rand gedrängt. Die Übereinstimmungslücke beraubt sie auf den Bühnen des Hochschulpolitiktheaters scheinbar der Glaubwürdigkeit und der Relevanz.

Sicher handelt es sich auch hierbei weniger um ein Problem realer Politikanschlußfähigkeit als um eines der Repräsentation. Studentische Politik repräsentiert in ihren institutionalisierten Formen nur noch ungenügend die alltägliche Erfahrung derjenigen, die sie qua Wahlauftrag nun mal vertreten soll. Sie hat sich häufig verselbständigt und benimmt sich, um es einmal ganz gemein zu sagen, wie die Amtskirche gegenüber der Laienschar. Mir scheint die derzeitige Situation studentischer Politik durch drei z.T. gegensätzliche Fraktionen gekennzeichnet:

- Die Mehrheit wurstelt weiter ohne besonderes Interesse für die hochschulpolitischen Veränderungen in den gegebenen Studienstrukturen herum und ist mit den alltäglichen Widrigkeiten des Hochschulalltags und der Lösung finanzieller Engpässe voll ausgelastet. Bis auf wenige Momente, wo die performative Eleganz von Studierendenpolitik noch einmal ihre Attraktivität zu entfalten weiß (also etwa bei den alle paar Jahre auftretenden „Studierendenstreiks“), ist der Mehrheit Hochschulpolitik ziemlich egal – wenngleich sie in der Alltagserfahrung ohne Unterlass ihre Wirkungen verspürt und dies auch artikuliert. Diese große Gruppe von *Studierenden mit Diskursindifferenz* zeigt sich mobilisierungsresistent, bestenfalls an der Lösung konkreter Probleme vor Ort interessiert, wenn sie in individueller Betroffenheit festgestellt werden, und von den intellektuellen Anforderungen der politischen Debatte hoffnungslos überfordert.
- Eine größer werdende Gruppe von *Studierenden mit hoher Diskurskompatibilität* passt sich dagegen in beeindruckender Flexibilität, die Kritiklosigkeit einschließt, den neuen Entwicklungen an. Schneller Studienvollzug, enge Bindung an den Arbeitsmarkt durch Praktika und praxisnahe wissenschaftliche Arbeit, Orientierung an den jeweiligen Konjunkturen des Arbeitsmarktes sind Kennzeichen dieses

Typus'. Studierende sind heute in zunehmender Zahl, das zeigen etwa die regelmäßigen Befragungen des HIS, konsumorientiert, karrieregeil, politikverdrossen, zunehmend intolerant gegenüber Minderheiten und die größten Sprinter auf den Sandbahnen der individualistischen Lebensentwürfe. Nicht von ungefähr wird das Bild vom Uni-Absolventen heute nicht von Soziologinnen oder Politologen geprägt, sondern von BWLern.

- Die *Studierendenvertretungen mit Diskursresistenz* schließlich, wenn sie nicht über die Abkopplung der Basis vom Überbau klagen, tun vor allem eines: Man schwafelt. Besonders gern vom studentischen Recht auf biographisch unbegrenzte Selbstentdeckung und Selbstverwirklichung an der Hochschule und – das ist nicht so denunziatorisch gemeint wie es klingt – von der Weltwirtschaft, vom Weltfrieden und von der Weltrevolution. Das sind, wenn man die Polemik wieder wegnimmt, alles wichtige Probleme und man muss den Studierendenvertretungen dankbar dafür sein, dass sie in bestimmten Themenbereichen als mitunter einzige an den Hochschulen einen Ort der kritischen Reflexion globaler politischer Zusammenhänge erhalten haben und sich dem neoliberalen Allerweltsgeschwätz und der weitgehenden Einebnung politischer Handlungspotentiale durch die hämmernde Wahrheitsdoktrin der verteilungsunabhängigen Ressourcenrestriktionen widersetzt haben. Nur: Ritualisierte Opposition und die moralisch unangreifbare Position des politischen Aufklärers verfehlen im Interessenvertretungskontext ihre Wirkung, wenn sie sich den konkreten Problemen der eigenen Klientel entfremden und sich allein auf systemischen Tangenten, etwa der Globalisierungskritik, bewegen.

Die Politik vieler Studierendenvertretungen hat ein Interesse an „großen“ Auseinandersetzungen, nicht an politischem Kleinkram, der konkrete Auswirkungen auf die Studienrealität ihrer Klientel hat. Ein Beispiel dafür ist die Akkreditierung.⁴ Deren Existenz wird häufig pauschal delegitimiert, etwa als „Übernahme marktwirtschaftlicher Mechanismen und Selektionsprinzipien“ oder weil „der affirmative Charakter der Zielbestimmungen des Akkreditierungsverfahrens den Handlungs- und Argumentationsspielraum der beteiligten Akteure derart ein[schränkt], dass wir

⁴ Von wenigen Ausnahmen abgesehen – dem *freien Zusammenschluss von studierendenschaften* (fzs) und einigen Bundesfachschaftentagungen – haben sich die meisten studentischen Vertretungen zum Thema Akkreditierung eisernes Schweigen auferlegt.

für eine kritische Auseinandersetzung mit der Thematik keine Möglichkeit sehen“. Eine Beteiligung an ihr wird z.B. wegen der Verweigerung eines „Gruppenvetos“ ausgeschlossen.⁵ Vorherrschend ist die Verwendung bekannter Elemente aus dem abgeschlossenen Vokabular der Studentenbewegung, nicht die Entwicklung eines neuen analytischen Wortschatzes zur Beschreibung einer ebenfalls neuen politischen Realität. Ähnliches gilt für die Haltung zur Frage der Beteiligungsmodelle. So war z.B. die Frage zu hören, ob GutachterInnengruppen in der Akkreditierung drittelparitätisch besetzt sind. Wohl kaum, war die Antwort und „Na, dann machen wir nicht mit“ die Reaktion. Auch hier findet sich der Reflex, die Beteiligungsmöglichkeit an einem neuen hochschulpolitischen Instrument mit dem Argument auszuschlagen, es erfülle nicht die politischen Mindeststandards, die man an ein anderes gestellt hat.

Qualitätssicherung und studentische Beteiligung

Studentische Politik ist heute also nicht mehr „im Wahren“ gegenüber der eigenen Klientel wie gegenüber anderen politischen Akteuren. Sie betreibt nicht das, was der Diskurs fordert:

- Vorherrschend in ihren Sprechakten ist nicht die Artikulation eines Eigeninteresses, sondern der Anspruch, ein Gemeininteresse wahrzunehmen: *Verletzung der Authentizitätsanforderung*.⁶
- Studentische Politik, so sie dem Modell der Gruppenhochschule verhaftet bleibt, hängt sich an das passive politische Instrument „Forderung“ und dessen Ziel „Interessendurchsetzung“, statt sich dem aktiven Instrument „Gestaltung“ mit dem Ziel „gemeinschaftlicher Problemlösung“ zu verschreiben: *Verletzung der Handlungsmaxime*.
- Sie fährt damit fort, sich im bisherigen Herrschaftsmodell anweisen der Staatsmacht zu situieren, statt eine Gouverne-Mentalität auszuprägen, die Deregulierung als eigenverantwortliche Politikorganisation in einem weitgehend nur noch diskursiv vom Staat vorgegebenen Rahmen betreibt: *Verletzung der zentralen Wahrheitsprämisse 1*.

⁵ Zitate aus Briefen von Studierendenvertretungen an den Akkreditierungsrat.

⁶ Das schließt nicht aus, dass sich Studierendenpolitik dort, wo sie massiv Forderungen für ihre Klientel aufstellt, Vorwürfen ausgesetzt sieht, sie handele „eigennützig“ und verliere die Gemeinwohlorientierung der Reform aus dem Blick. Dieser Widerspruch erklärt sich durch b).

- Ihr gelingt es immer weniger erfolgreich, in der Wahrnehmung der anderen Akteure eine emanzipatorische Qualität zu behaupten und sie läuft daher paradoxerweise Gefahr, als strukturkonservative Bremserin des Reformprozesses aus dem Feld der relevanten Gestaltungsagenturen herauszufallen: *Verletzung der zentralen Wahrheitsprämisse 2* und im Ergebnis *zunehmende Beschneidung des Diskurszugangs*.

Studentische Politik sitzt heute in der Diskursfalle von als rückwärtsgerichtet wahrgenommener Gesellschaftskritik (rückwärtsgerichtet, weil ihre Zuständigkeit für dieses Politikfeld bezweifelt wird) und von als politisch verantwortungslos wahrgenommener Vernachlässigung des studentischen Eigeninteresses. Reichlich hilflos verharrt sie paralyisiert vor einer politischen Notwendigkeit: ein aktuelles, inhaltlich fundiertes, aktives, vom Veränderungswillen getragenes und die Beteiligungschancen partnerschaftlicher Organisationsphilosophie nutzendes politisches Interesse und Engagement zu entwickeln.

Dieses soll, ja muss sich kritisch mit den Herausforderungen postmoderner Industriegesellschaften wie Leistungs- und Flexibilisierungsdruck, Individualisierung oder Verschärfung sozialer Konflikte auseinandersetzen. Diese Reflexion verliert aber ihre Gültigkeit als Sprechakt, wenn sie sich vereinzelt, auf die Position des bewusst an den Außengrenzen des Diskurses agierenden politischen Denkens zurückzieht, damit zwar ein intellektuelles Bedürfnis einer Minderheit nach kritischer Durchdringung und moralischem Widerstand befriedigt, aber die Integrationswilligkeit der Mehrheit in die gegebenen Strukturen nicht anerkennt und zudem die emanzipatorischen Potentiale des postmodernen Gesellschaftsentwurfs leugnet, statt sie im eigenen Interesse zu nutzen. Denn: Studierendenpolitik bezieht ihre Legitimität aus der Idee der Interessenvertretung und das heißt immer die Vertretung der Mehrheit der Mitglieder der Organisation (was in moralischer Hinsicht um so mehr geboten ist, wenn diese Organisation zwangsweise Mitgliedschaft verlangt). Der Hauptzweck von Studierendenvertretungen ist nicht die Reflexion der Bedingungen weltweiten Wirtschaftens, sondern die Aushandlung guter Studienbedingungen. Denn an guten Studienbedingungen dürfte die Mehrheit der Studierenden ein ausgeprägtes Interesse haben.

Das bedeutet nun nicht, das Nachdenken über die politische Manipulierbarkeit und die tatsächliche politische Manipulation dieser Interessen einzustellen. Es ist daher weltfremd und politisch verantwortungslos, von

der Studierendenpolitik zu fordern, sie möge sich von ihren allgemeinpolitischen Orientierungen trennen; ebenso weltfremd und politisch verantwortungslos ist es jedoch, sollte diesen allgemeinpolitischen Orientierungen weiterhin Priorität eingeräumt werden und dadurch virulente Änderungen der Studienrealität wie die Einführung von gestuften Studiengängen und von Akkreditierung als politisches Aktionsfeld unter den Tisch fallen.

Dabei nicht zu vergessen ist auch, dass die Beteiligung an der Akkreditierung⁷ der Studierendenpolitik eine ganze Menge Vorteile bietet:

- *Ein Erfolgserlebnis*: Der Kampf um die angemessene Vertretung studentischer Interessen in der Gruppenhochschule hat Jahrzehnte beansprucht, um Drittel- oder Viertelparitätsmodelle auszuarbeiten, in die politische Diskussion einzuschleusen, nach Verbündeten zu suchen, zu kämpfen – und immer wieder zu scheitern. Dagegen die Akkreditierung: Drei Jahre reichten aus, um die grundsätzliche Beteiligung von Studierenden durchzuboxen. Der Akkreditierungsrat fordert von den Akkreditierungsagenturen eine studentische Beteiligung in deren Entscheidungsgremien und empfiehlt die Hinzuziehung studentischer *peers* zu den einzelnen Akkreditierungsverfahren. Die Agenturen zieren sich natürlich noch ein bisschen, der Kosten und administrativen Aufwände wegen. Aber niemand in Deutschland erlaubt sich momentan, offiziell eine studentische Beteiligung an der Akkreditierung (die anfangs keinesfalls vorgesehen war) in Frage zu stellen.
- *Kompetenzbeweis bei der Erfüllung einer Kernaufgabe*: Die Sorge um die Qualität von Studienangeboten ist die zentrale Aufgabe studentischer Interessenvertretung. Das geschah bislang allein auf der Ebene der Hochschule (durch eine je nach Ländergesetzgebung mehr oder minder kodifizierte und realisierte Beteiligung an der Studiengangsentwicklung auf Instituts- und Fakultäts- bzw. Fachbereichsniveau). Die Teilnahme an der Akkreditierung als studentische/r GutachterIn bietet zum ersten Mal die Möglichkeit, auch auf der Ebene der fachlich-inhaltlichen und strukturellen Begutachtung von Studiengängen, die bisher den Ministerien vorbehalten war, zu partizipieren. Hier können Studierende ihre Kompetenz als ExpertInnen ihrer Lernbe-

⁷ Diese darf, aufgrund unterschiedlicher Zielrichtungen und Handlungsmöglichkeiten, nicht mit dem Instrument „gestufte Studiengänge“ in einen Topf geworfen werden.

dürfnisse⁸ unter Beweis stellen. Vorkehrung zu treffen für einen erfolgreichen Studienverlauf durch kritische und kompetente Teilhabe an dessen Organisation kann Studierenden niemand besser bieten als sie selbst – so lautet ein häufig gebrauchtes Argument und auch meine eigene Beobachtung. Durch kompetente Mitwirkung an der Studiengangsbewertung in einzelnen Akkreditierungsverfahren lässt sich diese Behauptung stützen und zugleich bei den anderen Teilnehmern eine Einsicht vertiefen: Die Beteiligung der studentischen Perspektive erhöht die Qualität der Akkreditierungsentscheidung und wirkt auf die Güte des begutachteten Studienangebotes zurück.

- *Ein Ausgleich zwischen Basis und Überbau*: Studentische Mitwirkung an Akkreditierungsverfahren ist eine Variante, den Gestaltungsanspruch von Studierendenvertretungen und die individualistischen bildungsbiographischen Bedürfnisse der meisten Studierenden zusammenzuführen, indem sie a) signalisiert, dass die Bedürfnisse größerer Gruppen der Studierendenschaft eine konkrete Behandlung erfahren, indem sie b) den Politikstil versachlicht, c) studierendenpolitikferne Schichten für die Mitarbeit gewinnt und d) politisches Handeln mit ExpertInnenwissen koppelt und damit wieder auf eine breitere Basis stellt.

Dabei kann man auf eine politisch prinzipiell freundlich gesinnte Diskursumgebung bauen. In Qualitätssicherungsverfahren lassen sich die klassischen Ziele der Mitbestimmung und die Prämissen nachfragegeleiteter Kundenorientierung zusammenführen. Kompetenzbündelung und Qualitätssicherung der Entscheidungen, Akzeptanzbeschaffung als Basis für deren erfolgreiche Umsetzung sowie Integration der Angehörigen der Institution etwa sind Schnittmengen beider Diskursstränge. Ob „stakeholder-society“ oder „Verantwortungsgemeinschaft“, der herrschende politische Diskurs richtet sich immer mehr auf partnerschaftliche Organisationsmodelle der politischen Entscheidungsfindung und -implementierung aus, die Interessenpluralismus im Verlangen nach gemeinsamer Zielverwirklichung nicht als Konfliktherd, sondern als Chance zu gemeinschaftlicher Problemlösung begreift.

⁸ Welbers, U.: Akkreditierung als Partizipationsstrategie. Beteiligungschancen für Studierende auf dem Weg zu gestuften Studiengängen, in: Studentische Partizipation in Akkreditierungsverfahren (Materialien des Studentischen Akkreditierungspools 1). Bonn 2001, S. 12-35.

Um nun gar nicht erst irgendwelche Illusionen aufkommen zu lassen: Selbstverständlich wird man dabei vereinnahmt. Der Diskurs ist gefräßig und verschluckt ganz besonders gern seine eigenen Kinder. Sich an der Akkreditierung zu beteiligen bedeutet, eine grundsätzliche Neuorientierung der deutschen Bildungspolitik, nämlich die Ausrichtung an managerialistischen Steuerungsmodellen, anzuerkennen und über Beteiligung zu legitimieren. Deshalb soll man ja mitmachen, damit hinterher keiner sagen kann, er sei's nicht gewesen. Hier wird von StudierendenpolitikerInnen eine (diskursive) Unterwerfung verlangt. Aber gerade diese Unterwerfung trägt nicht nur repressive Züge, sie unterdrückt nicht nur studentische Interessenermittlung, -artikulation und -durchsetzung, sondern sie ist eine auch produktive Geste: Sie performiert die ihr Ausgesetzten wieder in diesmal innerhalb des Diskurses handlungsfähige Subjekte. Wer wieder „im Wahren“ ist, hat eine grundsätzliche Freiheit verloren, nämlich die, ein Stück weit mehr das sagen zu können, was er sagen will. Diese Einschränkung erscheint mir hier allerdings (immer vor dem Hintergrund der damit gewinnbaren Handlungsoptionen im Sinne des Vertretungszweckes!) zumutbar.

Schwanken zwischen Frust und Hoffnung: der „Studentische Akkreditierungspool“

Die Schwierigkeiten von Studierenden im Kontakt mit den postmodernen Steuerungsmodellen lassen sich an der Geschichte des „Studentischen Akkreditierungspools“ ablesen. Dieser wurde im Sommer 2000 nach einem entsprechenden Beschluss des Akkreditierungsrates gegründet.⁹ Das Ziel des Studierendenpools ist die Vertretung der Interessen der Studierenden im Akkreditierungssystem bzw. in einzelnen Akkreditierungsverfahren. D.h. konkret die Sammlung von Studierenden und ihre Entsendung vor allem in die Agenturen, wo sie als Mitglieder der Entscheidungsgremien bzw. GutachterInnen in den *peer-groups* mitarbeiten sollen. Am Pool beteiligen sich neben dem Dachverband *freier Zusammenschluß von studierendenschaften* (fzs), den Studierendenverbänden *RCDS* und *Liberale Hochschulgruppen* auch eine Reihe von Landes-

⁹ Beschluss des Akkreditierungsrates zu der Vertretung der Studierenden im Akkreditierungsrat, in Akkreditierungsagenturen und Gutachtergruppen (15.5.2000), vgl. <http://www.akkreditierungsrat.de>

Astenkonferenzen und Bundesfachschaftstagen. Der fzs erklärte sich bereit, die Verwaltung des Pools zu übernehmen; dem haben die anderen beteiligten Organisationen zugestimmt.¹⁰

Seit seiner Einrichtung lahmt und kränkelt der Pool allerdings, aufgerieben zwischen unterschiedlichen Anforderungen an seine Arbeit, mangelhaftem Engagement seiner Mitglieder, Ressourcenproblemen bei seiner Verwaltung und daraus resultierend einer ungenügenden Ausstattung mit personellen und finanziellen Mitteln, so dass eine Reihe von Aufgaben nur ungenügend erfüllt werden können.¹¹ Zwei der zentralen Probleme des Pools sollen hier noch erörtert werden:

1. Die Beschickung des Pools mit Studierenden ist noch ausbaufähig. Dies führt immer wieder zu zeitlichen Verzögerungen bei den Entsendungen und zu einem inzwischen gefestigten Ruf des Pools, unprofessionell zu arbeiten. Durch die noch geringe Zahl an Studierenden im Pool ist zudem der Arbeitsaufwand, den jedes einzelne Besetzungsverfahren verursacht, außerordentlich hoch. Die Gründe für diese ungenügende Personaldecke des Pools liegen auf mehreren Ebenen:
 - Eine größtmögliche Zurückhaltung auf Seiten der Studierendenvertretungen, sich dem Anliegen des Pools zu öffnen und seine Arbeit personell zu unterstützen.
 - Einem Auseinanderfall von Angebot und Nachfrage studentischer *peers*: Die Agenturen wollen in ihren Gremien und Verfahren Studierende mit einem Mindestmaß an Erfahrung in der Akkreditierung. Hartnäckig verweigern sie allerdings als „Funktionäre“ bezeichneten Studierenden den Zugang, die schon länger in studentischen Selbstverwaltungsorganen tätig waren – und in den letzten Jahren zu den wenigen gehörten, die sich mit Akkreditierungsfragen überhaupt auseinandergesetzt haben.
 - Die beschränkten finanziellen Mittel des Pools erlauben nur eine beschränkte Öffentlichkeitsarbeit, so dass der Pool selbst nur wenig zu einer Erweiterung seiner personellen Basis beitragen kann.
2. Es gibt innerhalb des Pools unter den beteiligten Organisationen keine klare Abstimmung hinsichtlich von Zielen, Kommunikationsstruktu-

¹⁰ Vgl. auch <http://www.studentischer-pool.de>

¹¹ Durch ein verstärktes Engagement des fzs sind manche dieser Probleme momentan vorübergehend gemildert, bleiben strukturell jedoch weitgehend bestehen.

ren, Ressourcenakkumulation sowie -einsatz. Das hat u.a. zum Ergebnis, dass der Pool von einer studentischen Hilfskraft verwaltet werden muss, deren hoher persönlicher Einsatz die strukturellen Defizite nicht ausgleichen kann. Diese Situation

- führt zu Arbeitsüberlastung und Organisationsdefiziten,
- lässt keinen Raum für Aufgabenerweiterungen des Pools und
- ist seiner politischen Bedeutung nicht angemessen.

Das äußere Erscheinungsbild des Pools leidet somit im Moment an unprofessioneller Arbeitsorganisation, an suboptimaler Öffentlichkeitsarbeit und damit an mangelnder Akzeptanz bei anderen hochschulpolitischen Akteuren.

Nach meiner Beobachtung ist der Grund für diese Situation zu großen Teilen in der Weigerung von vielen Studierendenvertretungen zu suchen, sich „ins Wahre“ zu begeben. Selbst die Dachorganisation fzs, die sich inzwischen zum Pool bekennt und zahlreiche Anstrengungen unternimmt, um seine Arbeit zu befördern, ließ anfangs kaum erkennen, dass sie ihn als eine wichtige Schaltstelle begriff, an der sich durchaus die Zukunft studentischer Vertretungsrealität in Deutschland entscheiden könnte. Denn trotz aller aktuellen Begrenzungen der Aussage „Studierende sollen an Akkreditierungen *nicht* mitwirken“, wäre ein Scheitern des Pools ein schwerer Rückschlag, gäbe er doch dem Argument neuen Auftrieb, Studierende seien zu einer dauernden eigenverantwortlichen (!) Organisation ihrer Vertretungsansprüche nicht in der Lage.

Die obligatorischen Aufgaben des Pools lassen sich fast alle auf die Notwendigkeit zurückführen, weitflächig um Akzeptanz für die Akkreditierung und für die studentische Beteiligung daran zu werben. Das bedeutet eine gewaltige Kommunikationsanstrengung, die unter den momentanen Arbeitsbedingungen kaum möglich erscheint. Der übliche Teufelskreis: Der Pool kommuniziert zu wenig, hat deshalb eine zu kleine Basis und zu geringe Ressourcen, weshalb er nicht ausreichend kommunizieren kann. Hier wären eigentlich die bereits im Pool versammelten Organisationen in der Pflicht, die ja ganz unterschiedliche politische Richtungen und auch Kontaktwilligkeiten gegenüber der Akkreditierung repräsentieren. In ihrer Mehrheit zeigen sich jedoch auch diese vereint in aktivem Desinteresse, welches sie dem Pool und dem studentischen Mitwirken an der Akkreditierung insgesamt entgegenbringen.

Ausgang aus dieser unkomfortablen Situation wird der Pool nur finden, wenn es ihm gelingt, finanzielle Ressourcen auf anderen Ebenen (etwa als Modellprojekt im europäischen Rahmen) zu mobilisieren und diese in die Aktivierung von personellem und inhaltlichem Engagement zu investieren.

Die hartnäckige Weigerung zahlreicher Studierendenvertretungen, „im Wahren“ zu agieren, wird sich dadurch nicht auf einen Streich abbauen lassen. Gleichwohl wäre die Erfahrung einer erfolgreichen Beteiligung von Studierenden an Akkreditierungsverfahren eine Motivation, die politische Nische der trotzigigen Nichtbeteiligung aus Prinzip zu verlassen, neue Formen des Beteiligungsvollzuges innerhalb des managerialistischen Steuerungsmodells der Hochschule zu ventilieren und nach Möglichkeiten zu suchen, auch aus diesen Partizipationsmodellen heraus die kritische Reflexion um deren möglichen gesellschaftlichen Exklusionswirkungen zu bewahren.